

Thema des Tages Hartz-IV-Debatte

Die FDP will in der kommenden Woche im Bundestag über soziale Gerechtigkeit reden. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen arbeitet unterdessen an einem Katalog zur Härtefall-Regelung.

Westerwelle fordert Kritiker heraus

FDP-Chef will Generaldebatte – Politologe: Er schadet seiner Partei vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen

Von Christian Kerl und Cornelia Steiner

BERLIN. FDP-Chef Guido Westerwelle findet offenbar Gefallen an der von ihm angezettelten Hartz-IV-Debatte. Auch gestern legte der Vizekanzler wieder persönlich nach, forderte seine Kritiker heraus: Sie sollten sich im Bundestag einer Generaldebatte zur sozialen Gerechtigkeit stellen.

Es gehe um Leistungsgerechtigkeit, die ohne die FDP unter die Räder zu geraten drohe, erklärte Westerwelle. „Das Herumreden um den heißen Brei führt doch nur zu noch mehr Politikverdrossenheit.“ Im Ton versuchte der Parteichef aber sachlicher zu werden: Seinen besonders umstrittenen Vergleich zwischen der Unterstützung für Langzeitarbeitslose und „spätromischer Dekadenz“ oder die Klage über „sozialistische Züge“ in der Sozialstaatsdebatte wiederholte er nicht mehr.

Dass Westerwelle sich erneut äußert, zeigt, dass er mit dem Verlauf der Auseinandersetzung nicht unzufrieden ist: Die FDP-Zentrale verwies gestern auf – nicht repräsentative – Abstimmungen im Internet, denen zufolge deutlich über ein Drittel der Teilnehmer Westerwelle recht geben. Die Parteiführung hofft, mit dem Streit ihre Anhänger zu mobilisieren und damit einen weiteren, von Demoskopen vorhergesagten Absturz in den Meinungsumfragen zu verhindern.

Kanzlerin Angela Merkel äußerte sich zur Forderung nach einer Bundestagsdebatte aber kühl: Die Haushaltsdebatte im März sei der richtige Ort für allgemeine Debatten, ließ sie erklären. Die FDP will



Der Vizekanzler will mit der Debatte über das Hartz-IV-Urteil die FDP-Anhänger mobilisieren. Ob diese Rechnung vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aufgeht, ist selbst in der eigenen Partei umstritten. Foto: dpa

das Thema dagegen nächste Woche im Parlament erörtern. Unionspolitiker gingen weiter auf Distanz:

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe rief Westerwelle zur Mäßigung auf. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) nannte die Äußerungen polemisch. Aus der FDP

kommt weiter Unterstützung. Hessens FDP-Vorsitzender Jörg-Uwe Hahn forderte ein Machtwort von Merkel, um ihren Vizekanzler zu verteidigen.

Der Braunschweiger FDP-Bundestagsabgeordnete Florian Bernschneider sagte: „Über die Wortwahl kann man streiten, ich hätte es so nicht gesagt – aber inhaltlich

stimme ich mit Westerwelle voll überein.“ Der FDP-Chef habe sich gegen die reflexhaften Rufe der Opposition nach einer Erhöhung der Hartz-IV-Sätze gewandt, die aus dem Urteil des Bundesverfassungsgericht gar nicht abzuleiten sei. Die Debatte, wie der Sozialstaat bezahlbar bleibe, müsse geführt werden.

Ob allerdings der Zeitpunkt für Westerwelles Vorpreschen günstig ist, wird auch in der FDP bezweifelt. Die schwachen Umfragewerte besonders in Nordrhein-Westfalen, wo im Mai der Landtag gewählt wird, stimmen viele nachdenklich. Nils Bandelow, Professor für Innenpolitik an der TU Braunschweig, geht davon aus, dass Westerwelles Äußerungen der Partei schaden werden. „Union und FDP können in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich keine Regierung

aus eigener Kraft bilden. Deswegen setzen sie auf die Grünen, die dort tendenziell links orientiert sind. Westerwelles Auftritt ist dafür aber nur hinderlich.“

Aus Bandelows Sicht versucht der FDP-Chef mit seiner polarisierenden Rhetorik, die Stammwähler zu beruhigen: „Er will zeigen, dass sich überhaupt etwas bewegt. Denn was die Partei im Bundestagswahlkampf versprochen hat, kann sie nicht umsetzen.“

Allerdings mache Westerwelle nicht das, was man von ihm erwartete. „Er könnte das Amt des Außenministers nutzen und sich eine hohe Reputation verschaffen. Die schärfere Argumentation ist Aufgabe des Generalsekretärs“, so Bandelow. „Aber die Partei ist zu sehr auf Westerwelle zugeschnitten. Er hat Schwierigkeiten, Macht abzugeben.“

„Westerwelle hat Angst, dass sich in der FDP andere profilieren“

Professor Nils Bandelow

In Jobcentern und Sozialgerichten wachsen die Aktenstapel

Richter: Das Gesetz enthält widersprüchliche Aussagen – Rechtsanwalt: Es krankt an der Umsetzung

Von Cornelia Steiner

BRAUNSCHWEIG. Während in Berlin hitzig über Hartz IV debattiert wird, ist die Lage bei denen, die das Gesetz täglich anwenden und umsetzen müssen, vielfach bedrückend:

„Die Jobcenter sind überlastet. Der Druck auf die Mitarbeiter ist enorm groß. Sie müssen viel zu viele Fälle betreuen“, sagt Michael Aschenbach, Sprecher bei Verdi in Braunschweig.

Bei den Sozialgerichten steigt die Zahl der Verfahren unaufhörlich. Walter Hasenpusch, Direktor des Braunschweiger Sozialgerichts, sieht einen Grund dafür in der kurzen Entstehungszeit des Gesetzes.

„Es enthält unbestimmte Rechtsbegriffe und mehrere in sich widersprüchliche Aussagen“, so Hasenpusch. „Welche Unsicherheiten damit verbunden sind, wird schon allein dadurch deutlich, dass es fünf Jahre gedauert hat, zu problematisieren, dass eine der wesentlichen

Grundlagen, die Berechnung der Regelsätze, nicht verfassungsgemäß ist.“

Der Braunschweiger Rechtsanwalt Arne Böhling sieht das ähnlich. Hartz IV ist sein Thema. Immer mehr Empfänger des Arbeitslosengeldes II kommen zu ihm, um sich beraten und vor Gericht vertreten zu lassen.

„Es krankt besonders an der Umsetzung des Gesetzes. Und auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nicht abzusehen,

dass sich daran grundlegend etwas ändert“, sagt Böhling.

Er rechnet allerdings mit weiteren wichtigen Urteilen, etwa zur Frage der Sanktionen. „Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil ausgeführt, dass der gesetzliche Leistungsanspruch stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf decken muss. Das lässt sich mit einer Sanktion wie der Streichung aller Leistungen nicht vereinbaren. Die Gerichte befassen sich bereits mit dieser Frage.“

MENSCHEN

Ole von Beust (54)

wünscht sich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) energischer regiert. Der Hamburger Bürgermeister



und Parteifreund sagte: „Ich schätze sie sehr, aber sie ist extrem vorsichtig.“ Der Chef von Deutschlands erster schwarz-grünen Koalition auf Landesebene betonte: „Wenn ich etwas für richtig halte, setze ich mich dafür ein und kämpfe notfalls auch.“ Dazu zählt er die umstrittene Schulreform, über die im Sommer per Volksentscheid entschieden wird. Foto: dpa

Redaktion: Reinhard Brennecke

„Sprengfallen verzögern Vormarsch“

Offensive gegen Taliban in Afghanistan könnte lange dauern – Isaf-Soldaten erschossen erneut Zivilisten

KABUL. Die große Militäroffensive gegen die radikalislamischen Taliban in Afghanistan könnte noch Wochen weitergehen. US-Brigadegeneral Lawrence Nicholson sagte dem US-Fernseher CBS, die Militäroperation in Mardscha in der südafghanischen Provinz Helmand könne möglicherweise noch 30 Tage dauern. Es werde zwar eine sehr lange und mühsame Aufgabe sein, aber er sei sehr optimistisch.

Die Aufständischen hätten mehr Sprengfallen installiert, als die Militärs erwartet hätten, betonte Nicholson. Deshalb kommen die Soldaten auch sehr schleppend voran, berichtete die CBS-Korrespondentin.

Ein britischer Major berichtete

von der Front, dass „die harte Arbeit noch zu tun ist“. Der Bevölkerung müsse auch bewiesen werden, dass die Soldaten ihnen die nötige Sicherheit bringen könnten.

Wie viele Taliban-Kämpfer in der Region Mardscha in der südafghanischen Provinz Helmand seien, sei unklar. Aber Militärs gehen nach Angaben des US-Fernsehers CNN davon aus, dass es Hunderte sind, die sich zum Teil in Häusern der Zivilbevölkerung verschanzt hätten.

Am Sonntag, dem zweiten Tag der Operation „Muschtarak“ („Gemeinsam“), waren versehentlich mindes-

tens zwölf Zivilisten getötet worden. Die Internationale Schutztruppe Isaf teilte mit, zwei Raketen hätten ihr Ziel am Sonntag um etwa 300 Meter verfehlt. Isaf-Kommandeur Stanley

15 000 afghanische und ausländische Soldaten gegen die Taliban in Helmand vor. Die größten Kontingente der ausländischen Truppen stellen Amerikaner und Briten.

Nach dem verheerenden Raketenangriff auf Zivilisten haben Soldaten gestern erneut Unbeteiligte getötet. Die Isaf teilte gestern mit, Soldaten hätten bei der Operation „Gemeinsam“ in der Provinz Helmand versehentlich drei Zivilisten erschossen. Außerdem starben in der Provinz Kandahar fünf Unbeteiligte bei einem Luftschlag, der nicht Teil der Operation in der Nachbarprovinz Helmand war. dpa



„Es ist bedauerlich, dass im Laufe unserer Anstrengungen Unschuldige ihr Leben verloren“

US-General Stanley McChrystal

McChrystal habe sich beim afghanischen Präsidenten Hamid Karzai entschuldigt. Bei der Operation „Muschtarak“ gehen seit Samstag

DEUTSCHLAND

Wirtschaft zahlte Millionen-Spenden

BERLIN. Die im Bundestag vertretenen Parteien haben im Vorwahljahr 2008 insgesamt mehr als 20 Millionen Euro an Spenden aus der Wirtschaft erhalten. Dies geht aus den gestern von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) veröffentlichten Rechenschaftsberichten der Parteien hervor. Mit rund 7,5 Millionen Euro bekam dabei die CDU das meiste Geld von Unternehmen.

„Register für Arzt-Fehler“

BERLIN. Angesichts Tausender von Patientenbeschwerden pro Jahr regt der Patientenbeauftragte Wolfgang Zöllner (CSU) ein Melderegister für Arzt-Fehler an. Die Daten könnten anonym dokumentiert und veröffentlicht werden, sagte Zöllner. Der Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, lehnte ein „Zwangsregister“ ab. dpa

EUROPA

Papst beginnt Krisengespräche

ROM. Im Vatikan haben gestern zweitägige Krisengespräche zum Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche in Irland begonnen. Tausende Heimkinder waren bis in die 90er Jahre von Geistlichen in kirchlichen Einrichtungen gequält und vergewaltigt worden. Die Opfer forderten vom Papst Rechenschaft.

Demos für Öcalan

ISTANBUL. Anhänger des inhaftierten Kurdenführers Abdullah Öcalan haben gestern in mehreren Teilen der Türkei zum 11. Jahrestag seiner Festnahme gewaltsam demonstriert. In Istanbul und Städten im Südosten der Türkei gab es Zusammenstöße zwischen steinwerfenden Protestierern und der Polizei, wie türkische Fernsehsender berichteten. dpa

Netanjahu im Kreml

MOSKAU. Kremlchef Dmitri Medwedew und der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu haben sich mit Nachdruck gegen eine Umdeutung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs ausgesprochen. Netanjahu sagte: „Wir müssen hart gegen das Leugnen des Holocaust vorgehen, das in der Welt von heute weit verbreitet ist.“

WELT

Libyen sperrt die Europäer aus

TRIPOLIS. Bürger der Schengen-Länder können derzeit nicht nach Libyen einreisen. Dies hat die Regierung in Tripolis entschieden. Hintergrund ist offenbar der schwelende Streit mit der Schweiz, die kürzlich eine Liste mit über 180 von einem Einreiseverbot betroffenen Libyern veröffentlicht hatte. dpa